

## Der Magistrat

### Vorlage an die Stadtverordnetenversammlung

Vorlagennummer: **STV/2585/2020**  
 Öffentlichkeitsstatus: öffentlich  
 Datum: 17.11.2020

Amt: Dezernat III  
 Aktenzeichen/Telefon: Dez III - JB - Büro für Integration - 1380  
 Verfasser/-in: Brendel, Janina

Beratungsfolge	Termin	Zuständigkeit
Magistrat		Beratung
Haupt-, Finanz-, Wirtschafts-, Rechts- und Europaausschuss		Beratung
Stadtverordnetenversammlung		Entscheidung

#### Betreff:

**2030 - Agenda des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE)/Deutsche Sektion: "Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten"**

#### Antrag:

„Die Universitätsstadt Gießen schließt sich der anliegenden Erklärung „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ an.

Um das kommunale Handeln an den Zielsetzungen der „2030 - Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ auszurichten, legt der Deutsche Städtetag den Kommunen nahe, den Beschluss mit konkreten Schritten zu verbinden. Aufgrund der bisherigen Nachhaltigkeits-Aktivitäten der Universitätsstadt Gießen sollen folgende Strategien weiter verfolgt werden:

- die Verstärkung der Informations- und Bewusstseinsbildung zu den Nachhaltigkeitszielen unter Einbeziehung aller gesellschaftlich relevanter Gruppen und Netzwerke, um das Bewusstsein für die dort genannten Herausforderungen auf lokaler Ebene zu schärfen.
- die Vertiefung globaler Netzwerke und (Städte-) Partnerschaften, die Einbeziehung der Potenziale von Migrantinnen und Migranten vor Ort sowie die weitere Stärkung des Fairen Handels.
- die weitere Einbindung der Nachhaltigkeitsziele als Querschnittsaufgabe in die kommunalen Handlungsfelder im Sinne des „Stadtziels“ Nr. 11: „Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig machen“.

**Begründung:**

Die Weltgemeinschaft der Vereinten Nationen hat sich auf ihrem Gipfel der Staats- und Regierungschefs vom 25.-27.09.2015 in New York auf einen neuen globalen Rahmen für nachhaltige Entwicklung und Armutsbekämpfung geeinigt. Diese so genannte Agenda 2030 knüpft an die bis 2015 gesetzten Millenniumsziele der Vereinten Nationen an. Die neue Agenda 2030 umfasst einen Zeitraum von 15 Jahren bis 2030. Darin sind zwei der größten Herausforderungen für eine gerechte Welt eng miteinander verknüpft, die der Armutsbekämpfung und das Ziel nachhaltiger Entwicklung.

Kommunen haben für die Umsetzung der in der Agenda 2030 formulierten Ziele eine besondere Bedeutung. In aller Welt stehen Kommunen beim Kampf gegen die Armut sowie bei globalen Umweltherausforderungen an vorderster Front.

Die neue Agenda 2030 bildet nun einen übergeordneten Rahmen für die Entwicklungsziele der Vereinten Nationen. Kernstück der Agenda 2030 sind so genannten 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs). In allen dieser insgesamt 17 Ziele geht es darum, für gemeinsame Anliegen und öffentliche Güter auch gemeinsame Sorge zu übernehmen – wie etwa für das Klima, die biologische Vielfalt, das Wasser und den Boden. Gemeinsam das Welthandelssystem fair zu gestalten, soziale Gerechtigkeit zu etablieren oder Frieden zu sichern, werden als Aufgabe aller festgeschrieben. In diesem Rahmen wollen Staaten, Kommunen, Wirtschaft und die Zivilgesellschaft für globale Ziele gemeinsam Verantwortung tragen.

Die neuen Entwicklungsziele sind mehr als eine Fortführung der bisherigen Millenniumsziele. Ziel ist es nicht mehr, Veränderungen alleine im globalen Süden herbeizuführen, sondern es geht auch um eine neue Perspektive und eine neue Balance in allen Teilen der Welt, egal ob Entwicklungs-, Schwellen- oder Industrieland. Die Agenda 2030 wurde von 193 Ländern beschlossen und gilt nicht nur für Länder im Globalen Süden sondern auch im Norden. Auch dieser muss sich wandeln für eine gerechtere Welt. Aus diesem Grund hat das Präsidium des RGR (Rat der Gemeinden und Regionen Europas) die in der Agenda 2030 der Vereinten Nationen enthaltene stärkere Fokussierung auf die gemeinsame Verantwortung des Nordens und des Südens für mehr Gerechtigkeit in der Einen Welt befürwortet. Ohne die Mitwirkung der Kommunen wird die internationale Agenda 2030 weitgehend wirkungslos bleiben.

Folgende Beispiele zeigen, mit welchen Maßnahmen die Universitätsstadt Gießen bisher einen besonderen Beitrag im Sinne der Agenda 2030 geleistet hat:

Ausgehend vom Aktionsprogramm „Agenda 21“ der UN-Konferenz über Umwelt und Entwicklung in Rio hat die Universitätsstadt Gießen 1998 den Grundsatzbeschluss zur Aufstellung einer Lokalen Agenda 21 gefasst. Seither arbeiten bürgerschaftliche Gruppen ohne Unterbrechung an der Umsetzung im Sinne der Nachhaltigkeit.

Die Stadt Gießen hat 2008 die Millenniumserklärung des Deutschen Städtetages unterzeichnet. Diese Erklärung ging aus dem Millennium-Gipfel der Vereinten Nationen

2000 hervor, bei dem acht Entwicklungsziele zum Kampf gegen die globale Armut verabschiedet wurden, die später zu den SDGs erweitert wurden.

Gießen ist seit 2011 als „Fairtrade-Stadt“ ausgezeichnet und hat im Juni 2019 einen einstimmigen Beschluss zu fairer und nachhaltiger Beschaffung gefasst (SDG 8 und 11).

Die Stadtverordnetenversammlung hat im vergangenen Jahr die Erreichung der Klimaneutralität bis zum Jahre 2035 zum offiziellen Ziel erklärt und damit eine globale Menschheitsfrage aufgegriffen (SDG 11 und 13).

Die Universitätsstadt Gießen unterhält seit 34 Jahren eine Städtepartnerschaft mit einer Kommune im globalen Süden. Sie pflegt weitere Projektpartnerschaften mit Partner\*innen aus Ländern des globalen Südens (z.B. SDG 17).

Die Stadtverwaltung organisiert eigene Aktionen und unterstützt Dritte mit dem Ziel, Informationen über die SDGs in der Bevölkerung zu verbreiten und das Bewusstsein für die damit angesprochenen Herausforderungen auf lokaler Ebene zu schärfen.

Die Universitätsstadt Gießen hat eine ausgeprägte Willkommenskultur und ist in besonderer Weise durch Migrationsbewegungen geprägt. Diese beruhen auf Zuwanderung aus dem Ausland sowie einer internationalen Mitarbeiterschaft durch die Hochschulen, die Klinika und viele Unternehmen (z.B. SDG 4 und 9).

Mit der Unterzeichnung der Erklärung „Agenda 2030 – Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ sichert die Stadtverordnetenversammlung zu, dass die bereits bestehenden Maßnahmen und Strategien zur Erreichung der in der Agenda 2030 formulierten Ziele in Gießen weiter gefördert werden. Weiterhin erkennt die Stadtverordnetenversammlung die Bedeutung kommunaler Handlungsfelder und Gestaltungsmöglichkeiten für die Erreichung aller Ziele der Agenda 2030 an. Sie erteilt dem Magistrat den Auftrag, Rahmenbedingungen und Anregungen, wie nachhaltige entwicklungspolitische Strukturen in der Stadtverwaltung und in der Zivilgesellschaft geschaffen werden können, zu erörtern und wenn möglich zu implementieren.“

### **Anlagen:**

2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten

---

E i b e l s h ä u s e r (Stadträtin)

Beschluss des Magistrats vom \_\_\_\_ . \_\_\_\_ . \_\_\_\_

Nr. der Niederschrift \_\_\_\_\_ TOP \_\_\_\_\_

- beschlossen
- ergänzt/geändert beschlossen
- abgelehnt
- zur Kenntnis genommen
- zurückgestellt/-gezogen

Beglaubigt:

---

Unterschrift